

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

17. Sitzung

- Auszug -

Berlin, Donnerstag, den 20. Februar 2014

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

Drucksache 18/559

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verfügt die Bundesregierung nun schon seit über zwölf Jahren über eine bewährte und sich

ständig weiterentwickelnde Strategie für eine Politik, die darauf abzielt, heute und in Zukunft allen Menschen die Chance auf ein Leben in Wohlstand, Gerechtigkeit und einer intakten Umwelt zu ermöglichen.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird bereits in der vierten Legislaturperiode und über drei verschiedene politische Koalitionen fortgeführt. Der Grund für den anhaltenden Erfolg dieser übergreifenden Politikstrategie liegt sicher in den grundlegenden und langfristigen Fragen zur Erhaltung der Lebensgrundlagen, der Lebensqualität und der Gerechtigkeit, auf die die Strategie Antworten sucht und finden will.

Es liegt aber auch daran, dass Nachhaltigkeit die gesamte Gesellschaft etwas angeht. Nachhaltigkeit lebt vom persönlichen und vom zivilgesellschaftlichen Engagement. Von Beginn an wurden gesellschaftliche Gruppen mit einbezogen. Wenn man einmal zurückblickt: Vor zwölf Jahren war das schon ziemlich innovativ, und das hat sich bewährt. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu den Grundprinzipien der nachhaltigen Entwicklung – das machen die Veranstaltungen, die Onlinedialoge und die direkten Gespräche der vergangenen Jahre deutlich – ist weiterhin sehr groß. Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung sind die Grundziele der Nachhaltigkeitsstrategie, die die Menschen heute und auch in Zukunft weiter beschäftigen und die sie als wichtig erachten.

Für die Bundesregierung war und ist die Mitwirkung des Parlaments bei der Umsetzung des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung von großer Bedeutung. Seit 2004 wurden viele der Vorschläge und Anregungen des Parlamentarischen Beirats aufgenommen oder gaben der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik wichtige Impulse. Ich erinnere zum Beispiel an den Austausch des Ziels und des Indikators beim Thema „Kriminalität und persönliche Sicherheit“ im vergangenen Fortschrittsbericht 2012. Dieses Ziel liegt dem Beirat und uns sehr am Herzen. Es zeigt auch, wie die Ausrichtung eines solchen Indikators zu mehr Zielschärfe führt und den ganzen Prozess verbessert.

Auch international steht die Nachhaltigkeitspolitik vor großen Herausforderungen, sei es bei der Weiterentwicklung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie im Spannungsfeld mit der EU-2020-Strategie oder den Verhandlungen über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Auf diesen Ebenen wird sich der Beirat sicher wie schon in der Vergangenheit engagieren. Ich begrüße insbesondere, dass sich der Beirat mit der Nachhaltigkeitspolitik der Vereinten Nationen stärker befassen will.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber erst mal EU!)

Dies ist ein wichtiger Rahmen und Impuls für die Bearbeitung der Zukunftsfragen unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft.

Aus diesen Gründen ist die Fortsetzung der Arbeit des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung auch in der aktuellen Legislaturperiode der Bundesregierung ein sehr wichtiges Anliegen. Wir begrüßen den heute vorliegenden Einsetzungsbeschluss und unterstützen den Beirat bei seinen Aufgaben.

Nachhaltigkeit kann nur gemeinsam gelingen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit zur wirksamen Umsetzung des Leitbildes; denn sowohl national als auch international wie global trägt Nachhaltigkeitspolitik auch dazu bei, den Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig unser gemeinsames natürliches Erbe, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Es spricht jetzt die Kollegin Annette Groth, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Annette Groth (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Finanzkrise, Euro-Krise, Klimakatastrophe, Sterben der Arten, Ressourcenkrise, Energiekrise, Ernährungskrise, jährlich über 40 Millionen Tote als Folge von Hunger und sozialen Krisen. Der Theologieprofessor Ulrich Duchrow beschreibt diese Krisen im *Publik-Forum*, einer katholischen Zeitschrift – ich zitiere –:

Meine These ist, dass alle diese Krisen eine zentrale Ursache haben: Es ist die Zivilisation des Kapitalismus. Ich sage ausdrücklich: Es ist nicht nur die kapitalistische Ökonomie, sondern die gesamte Zivilisation. Denn alle Bereiche des Lebens, Denkens und Fühlens sind inzwischen unter die Herrschaft des Geldes in der Form des Kapitals geraten. Und dieses hat nur ein Ziel: zu wachsen – ohne Rücksicht auf die Folgen. ...

Unsere Zivilisation zerstört die Lebensgrundlagen der Menschheit und der Erde. Die Frage ist deshalb nicht, ob wir eine neue Kultur des Lebens entwickeln müssen, sondern ob wir sie noch aus Einsicht gestalten wollen – oder ob wir erst durch immer größere soziale und ökologische Katastrophen zur Umkehr gezwungen werden müssen.

Mit anderen Worten: Wenn wir Nachhaltigkeit diskutieren und Vorschläge machen, wie Nachhaltigkeit umgesetzt werden kann, müssen wir uns wohl oder übel mit unserem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auseinandersetzen.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh nee!)

– Doch.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon heute wissen wir, dass das 2-Grad-Ziel von Kioto nicht erreicht werden wird. Der Klimawandel wird viele Hundert Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen. Trotzdem setzt die Kohlelobby

weiterhin auf das massenhafte Verbrennen von Kohle für die Stromproduktion. Trotzdem wird der Flottenverbrauch der hochtechnisierten und hochgerüsteten Autos nicht relevant abgesenkt. Trotzdem wird eine Wachstumsstrategie für den Luftverkehr, beim Ausbau von Flughäfen und bei der Subventionierung von Flugbenzin wider besseres Wissen weiterverfolgt.

Neulich war zu lesen: „Peking unbewohnbar“ – wegen der wahnsinnigen Luftverschmutzungswerte, jeden Tag weit über 400 Milligramm; 10 Milligramm in der Luft wären eigentlich erlaubt. Dieses „unbewohnbar“ dürfte auch auf viele andere chinesische Städte zutreffen.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen umweltschädliche Projekte wie zum Beispiel Stuttgart 21. Ein explosionsartiger Bürgerprotest entwickelt sich gerade in der Oberpfalz. Ja, Sie haben richtig gehört: in der beschaulichen Oberpfalz. Dort wird jetzt ein Teil der 450 Kilometer langen Stromtrasse Süd-Ost gebaut. Man muss sich das so vorstellen: 75 Meter hohe Masten, 40 Meter breite Querträger, und in den armdicken Leitungen soll Gleichstrom mit 500 000 Volt fließen. Links 500 000 Volt, rechts 500 000 Volt. Jetzt regt sich Widerstand, da die Menschen in der Region direkt davon betroffen sind.

Ich selbst komme aus Stuttgart und bin davon überzeugt, dass S 21 ein absolut widersinniges und ökologisch schädliches Großprojekt ist. Mit Nachhaltigkeit hat das nun wirklich gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Verkehrsausschuss ist eines der Hauptthemen der Transport. Über 10 Prozent des Verkehrs entfallen allein auf den Transport von Nahrungsmitteln. Nahrungsmittel werden durch die Welt gefahren, obwohl viele davon auch regional bezogen werden könnten. Das ist der völlige Wahnsinn und das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier bin ich wirklich für eine ganz starke Regionalisierung. Das heißt, mein Joghurt und mein Gemüse sollen aus der Nachbarschaft kommen. Auch darum spricht sich die Linke gegen das Freihandelsabkommen EU/USA aus, das noch viel mehr solcher Transporte nach sich ziehen würde.

Für uns Linke bedeutet Nachhaltigkeit, dass wir Gesellschaft und Ökonomie so gestalten müssen, dass ökologische, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt werden. Heutige gesellschaftliche und politische Entscheidungen müssen den nächsten Generationen die Chance auf eine möglichst intakte Natur eröffnen und ihnen Grundlagen für ein gesellschaftlich verträgliches Wirtschafts- und Sozialsystem übergeben.

Die Fraktion Die Linke begrüßt die Einrichtung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und wird ihre Aufgabe darin sehen, immer wieder die soziale Dimension in die Nachhaltigkeitsdebatte einzubringen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Es spricht jetzt Andreas Jung, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird in diesem Jahr nach den Jahren 2004, 2006 und 2010 zum vierten Mal eingesetzt. Damit ist er im zehnten Jahr seines Bestehens. Das ist ein rundes Jubiläum. Er hat damit zwar noch nicht ganz die Volljährigkeit erreicht, aber wir können, glaube ich, sagen, dass der Nachhaltigkeitsbeirat damit aus dem Gröbsten heraus ist. Er hat sich ganz sicher einen festen Platz im parlamentarischen Gefüge erarbeitet und ist etabliert.

Das ist gut und richtig, weil wir die gemeinsame Überzeugung haben, dass ein Querschnittsthema wie Nachhaltigkeit auch ein Querschnittsgremium braucht. Deshalb begrüße ich es und freuen wir uns, dass wir heute über einen Einsetzungsantrag beschließen, den alle Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam einbringen. Dafür eine möglichst breite Mehrheit zu finden, knüpft an unsere von Konsens geprägte Arbeitsweise an. Denn wir wissen: Je mehr wir uns einig sind, desto stärker ist unser gemeinsames Eintreten für nachhaltige Entwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will den Einsetzungsbeschluss und diese Debatte zum Anlass nehmen, um folgende Frage zu stellen: Warum brauchen wir ein solches Gremium für Nachhaltigkeit überhaupt? Wir brauchen ein solches Gremium deshalb, weil die Politik sowie jede und jeder Einzelne ständig in der Versuchung sind, mehr an die nächsten Tage als an die nächsten Jahrzehnte zu denken, in der Versuchung sind, zu glauben, dass kurzfristige Effekte langfristiges Denken überlagern. Wir als Nachhaltigkeitsbeirat verstehen uns als Wachhund für Nachhaltigkeit im Parlament, der immer dann aufbellt, der immer dann Laut gibt, der immer dann dazwischengeht, wenn Entscheidungen drohen, die dieser langfristigen Verantwortung nicht gerecht werden, wenn Entscheidungen drohen, die später zum Bumerang werden könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wird auch in Zukunft notwendig sein. Wir können dabei an unsere Arbeit der letzten Jahre anknüpfen. Diese möchte ich kurz damit umschreiben, dass wir jedes einzelne Gesetz auf Nachhaltigkeit prüfen. Wir haben in der letzten Wahlperiode den Nachhaltigkeitscheck eingeführt und untersuchen jede einzelne Gesetzesvorlage darauf, ob Ausführungen zu nachhaltiger Entwicklung darin enthalten sind und ob dieses konkrete Vorhaben mit den Vorgaben der Nachhaltigkeitsstrategie tatsächlich vereinbar ist.

Wir haben damit – ich glaube, das können wir für uns in Anspruch nehmen – Pionierarbeit geleistet.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass die Gesetzgebung besser wird, dass sie nachhaltiger wird. Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten ist es uns zum Ende der letzten Legislaturperiode gelungen, dass bei den Gesetzentwürfen der Bundesregierung tatsächlich diesem formalen Erfordernis Rechnung getragen wird.

Unsere Aufgabe wird jetzt sein, zu überlegen, wie wir über diese formalen Prüfungen hinaus tatsächlich in medias res gehen können, in die materielle Prüfung eintreten können. Da spielt die Musik. Darüber werden wir uns im Beirat unterhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das soll nicht heißen, dass wir bisher nicht auch schon dort tätig waren, wo die Musik spielt, und dass wir bei dieser Musik nicht auch mitgespielt haben. Wir haben solche Themen, die wir als besonders wichtig angesehen haben, die über die einzelnen Fachbereiche hinausgehen, herausgegriffen. Ich will unsere Initiativen zur nachhaltigen Mobilität, unsere Anträge zu Umwelttechnologien, unsere Eingaben zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme ansprechen. An diesen Themen sollten wir dranbleiben und uns Schwerpunkte suchen, bei denen wir in besonderer Weise auf nachhaltige Politik drängen.

Unsere Kernaufgabe ist – das ist auch im Einsetzungsbeschluss beschrieben – die Begleitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der EU-Nachhaltigkeitsstrategie. Ich glaube, das ist eine besonders wichtige Aufgabe. Es ist vorhin gesagt worden: Vor zwölf Jahren hat Deutschland als eines der ersten Länder eine solche Nachhaltigkeitsstrategie eingeführt. Sie ist seitdem immer wieder verbessert worden. Unser Anspruch sollte sein, die Nachhaltigkeitsstrategie erstens weiterzuführen und zweitens neue Impulse zu geben, sie zu verbessern und besser zu verzahnen, auch mit den Aktivitäten der Europäischen Union und in den Ländern.

Wir sollten tatsächlich eine konsistente Politik für Nachhaltigkeit liefern und ein Vorbild für andere abgeben, wie das Fortkommen, wie der Fortschritt bei der nachhaltigen Entwicklung tatsächlich transparent gemacht werden kann. Das sollten wir hier tun und damit ein Beispiel für andere geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da ich von der nationalen Ebene und der EU gesprochen habe und davon, ein Beispiel für andere zu geben: Eine Aufgabe sehe ich in der schon angesprochenen Beteiligung an der internationalen Debatte. Heute leben 7 Milliarden Menschen auf der Erde, 2050 sollen es 9 Milliarden Menschen sein. Diese werden selbstverständlich ihr Recht auf Nahrung, auf Wasser, auf Energie und auf Rohstoffe geltend machen. Wir wissen: Wenn nichts passiert, wenn die Entwicklung ausgehend vom Status quo einfach fortgeschrieben wird, wenn es uns nicht gelingt, das Ruder hin zu globaler nachhaltiger Entwicklung herumzureißen, dann wird uns diese Welt um die Ohren fliegen, dann wird sie im wahrsten Sinne des Wortes explodieren.

Deshalb müssen wir einen Beitrag leisten. Ich finde, wir Deutsche haben eine besondere Verantwortung, die wir als Parlament wahrnehmen müssen. Wir erwarten von der Regierung, dass das Eintreten für eine globale nachhaltige Entwicklung die Leitlinie der deutschen Außenpolitik wird. Deutschland muss in besonderer Weise als Vorreiter, als Dränger auftreten, andere mitnehmen und international zu solchen Ergebnissen kommen. Das ist mehr als nötig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das alles können wir nur, wenn wir selber glaubwürdig sind. Dazu gehört die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie. Dazu gehört aber auch, dass wir in den einzelnen Fachbereichen glaubwürdig sind und den Punkt „nachhaltige Entwicklung“ umsetzen. Dazu gehört auch – in der mir verbleibenden Redezeit kann ich nur noch zwei Beispiele nennen – die Finanzpolitik. Wir müssen die

Nullverschuldung erreichen, weil Schulden Sünde an den nächsten Generationen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unsere besondere Aufgabe ist – hier schaut alle Welt auf uns –, dass wir die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zum Erfolg führen. Wir müssen den Anstieg der Treibhausgase stoppen. Der Klimawandel bleibt global gesehen die wichtigste Herausforderung in unserem Jahrhundert. Es gibt viele Aufgaben. Ich freue mich, diese Aufgaben mit den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen anzugehen. Die Union stimmt dem Einsetzungsbeschluss zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. Schönen Abend von mir. – Jetzt hat Dr. Valerie Wilms für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kollege Jung, Sie haben sehr deutlich dargestellt, wie wir in den letzten vier Jahren gearbeitet haben. Wir haben beide schon in diesem Gremium gesessen.

Werte Kollegin Groth, ich bin über Ihre Ausführungen ein bisschen erstaunt. Wir haben einen gemeinschaftlichen Antrag aller Fraktionen vorliegen, und Sie haben gerade Revue passieren lassen, wo es im Nachhaltigkeitsbeirat hingehen soll. Dann landen Sie jedoch auf einmal bei der Kapitalismuskritik. Ich fühlte mich in eine andere Welt versetzt.

Vielleicht erinnern Sie sich daran: Heute vor einer Woche haben wir über Wachstum geredet. Heute versuchen wir, das Ganze etwas anders einzuordnen. Wir reden nämlich über Nachhaltigkeit. Bei Nachhaltigkeit geht es nicht um das Gegenteil von Wachstum, sondern um die ökologische und soziale Flankierung des Wachstums. Darum geht es und nicht um Nullwachstum oder gar kein Wachstum, was uns die Vertreterin der Linkspartei versucht hat zu erläutern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU
und der SPD)

Über diese ökologische und soziale Flankierung hätte der Wirtschaftsminister bei seiner Rede zum Jahreswirtschaftsbericht am Donnerstag letzter Woche reden sollen oder, besser gesagt: müssen. Heute ist vom Wirtschaftsministerium erstaunlicherweise niemand anwesend. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, die es in der letzten Wahlperiode gab und der einige von uns angehörten, hat gut zwei Jahre lang daran gearbeitet. Der Bundestag hat beschlossen, dass bei jeder Wachstumsdebatte auch über soziale und ökologische Fortschritte oder Rückschritte geredet werden soll. Das habe ich letzte Woche nicht gehört.

Die Debatte vor einer Woche hat gezeigt, dass die von der Enquete-Kommission entwickelten zwanzig W3-Indikatoren, die Wohlstandsindikatoren, bislang in der Politik wirklich niemanden interessieren.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Der Witz war, dass sie vormals hochgelobt wurden, aber die Redner zum Jahreswirtschaftsbericht letzte Woche keine Ahnung davon hatten.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

Damit die ökosoziale Flankierung aber nicht verloren geht, gibt es im Deutschen Bundestag, wenn wir nachher abgestimmt haben, endlich wieder den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Er begleitet schon seit zehn

Jahren die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und wirft auch einen Blick auf Europa. Wenn man sich die Nachhaltigkeitsstrategie dort ansieht, dann gruselt es einen manchmal. Man ist da irgendwie auf verlorenem Posten. Wir erstellen zudem regelmäßig einen Bericht zu einer entsprechenden Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes.

Das ist der Unterschied zu dem, was die Enquete-Kommission gemacht hat: In der Nachhaltigkeitsstrategie haben wir nicht nur Indikatoren, sondern auch konkrete Ziele vorgegeben. So enthält die Nachhaltigkeitsstrategie beispielsweise im Hinblick auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen ein Ziel; sie sollen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Der Indikatorensatz der Enquete-Kommission soll nur dafür sorgen, dass irgendwo ein Lämpchen, ein Warnlämpchen oder ein Hinweislämpchen, blinkt. Meine Damen und Herren, bitte nicht lachen! Jene, die das in der letzten Wahlperiode beschlossen haben, meinten das wirklich ernst. Das ist das Traurige an dieser Geschichte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, damit der Nachhaltigkeitsbeirat in jeder Legislaturperiode neu eingesetzt werden kann, braucht es in jeder Fraktion Befürworter; wir haben sie gefunden. Wir haben einen gemeinsamen Entwurf zustande gebracht. Vor zehn Jahren haben wir die parlamentarische Begleitung der Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Beirat in Gang gesetzt. Aber ich habe heute in dieser kurzen Debatte gemerkt: Kaum ein Wort wird derart missbraucht wie das Wort „nachhaltig“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb soll hier nochmal für alle buchstabiert werden, was das bedeutet: Bei einer nachhaltigen Entwicklung geht es darum, eine in sich geschlossene Wirtschafts- und Lebensweise zu finden, die die Würde des Menschen als Arbeitnehmer achtet – nicht nur hier, sondern weltweit – sowie die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektiert. Kurz gefasst: Wir brauchen eine dauerhaft tragfähige Wirtschafts- und

Lebensweise für jetzige und künftige Generationen gleichermaßen. Daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den nächsten vier Jahren arbeiten, mit neuen Projekten.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU
und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. – Carsten Träger ist der nächste Redner für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als mittlerweile fünfter Redner stehe ich hier, und ich kann nicht anders: Auch ich werde das Hohelied der Nachhaltigkeit singen. Wie die vier Kolleginnen und Kollegen vor mir bin natürlich auch ich von dem Konzept überzeugt. Wie die vier Kolleginnen und Kollegen halte auch ich Nachhaltigkeit für unerlässlich, ja, für das entscheidende Kriterium für gute Politik.

Ich sehe es aber ein bisschen so wie Frau Dr. Wilms: In dem allumfassenden Konsens liegt auch eine gewisse Gefahr. Wir führen den Begriff Nachhaltigkeit mittlerweile so häufig, bei so vielen Gelegenheiten, und das oft so unreflektiert, dass sich der geneigte Zuschauer unter Umständen manchmal gelangweilt abwendet. Es gibt inzwischen einen geradezu inflationären Gebrauch des Begriffs Nachhaltigkeit. Das Wort schmückt Hochglanzbroschüren von Konzernen. Keine politische Grundsatzrede kommt ohne einen Absatz zur Nachhaltigkeit aus. Auch was wir konsumieren, ist mittlerweile nachhaltig; Mode, Autos, sogar Urlaubsreisen sind nachhaltig. Der Begriff läuft Gefahr, fast alles zu meinen und damit dann auch wieder nichts.

Hubert Weiger, der Vorsitzende des BUND, der übrigens auch aus meiner schönen Heimatstadt Fürth stammt, spricht sogar von einem Missbrauch des Begriffs. Ich zitiere:

Ein bisschen weniger Straßenbau wird als nachhaltiger Straßenbau bezeichnet, ein bisschen weniger Schulden werden als nachhaltiges Haushalten charakterisiert.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das reicht aber nicht!)

Ich schlage vor, dass wir hier verbal ein bisschen abrüsten und dem Begriff wieder Trennschärfe geben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was meine Vorredner schon gesagt haben. Stattdessen möchte ich Ihnen kurz sagen, warum ich Nachhaltigkeit für wichtig halte. Worauf sollte sich ein enger gefasster Begriff von Nachhaltigkeit konzentrieren? Wo setzen wir die Schwerpunkte?

Wir alle, die wir hier sitzen, kennen natürlich den Ursprung des Begriffs: Fülle niemals mehr Holz, als angepflanzt wird. – Das ist ein schönes, griffiges Bild, das zum Ausdruck bringt: Wirtschaftliches Handeln ist erlaubt, aber bitte nur mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit und auf das Gemeinwohl. Übertragen auf heute heißt das – das wurde schon gesagt –: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, ökonomisches und, ich betone, soziales Gefüge hinterlassen. In der öffentlichen Wahrnehmung steht im Zusammenhang mit dem Begriff Nachhaltigkeit meist die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie im Vordergrund.

Ich schlage vor, dass wir den Fokus ein kleines bisschen hin zum sozialen Aspekt verschieben. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bereiche Ökologie und Soziales eng miteinander verknüpft sind. Nachhaltigkeit kann es nur geben, wenn die

Bereiche Soziales, Umwelt sowie wirtschaftliche Interessen gleichermaßen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass wir keine abgehobene Diskussion über das Thema Nachhaltigkeit führen. Sie sollte nicht bloß auf Gutverdiener abzielen, die im Biomarkt einkaufen können oder Hybridautos fahren. Im Gegenteil: Ich möchte, dass wir unseren Blick ein bisschen drehen und uns fragen: Wer sind die Leidtragenden von nicht nachhaltiger Politik? Das sind die Menschen, die an einer stark befahrenen Straße wohnen, weil die Mieten dort billiger sind, die aber unter Abgasbelastung und Lärm leiden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das sind jene Menschen, die keine Bioprodukte kaufen, und zwar nicht, weil sie es nicht wollen; vielmehr können sie es nicht, weil die Produkte ein bisschen teurer sind.

Nach meiner Vorstellung bedeutet mehr Nachhaltigkeit mehr soziale Gerechtigkeit, und mehr soziale Gerechtigkeit bedeutet mehr Nachhaltigkeit. So gesehen ist nachhaltige Politik nicht nur gute Politik, sondern auch sozialdemokratische Politik und christliche Politik, sie ist auch sozialistische Politik und grüne Politik. Hier schließt sich der Kreis. Denn wir alle beanspruchen für unsere Politik den Ansatz einer zukunftsfähigen Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Wir sind uns nicht nur heute, sondern generell einig, dass Nachhaltigkeit sehr wichtig für uns ist.

Ich freue mich auf die Diskussion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Wir sollten daran arbeiten, den Fokus zunächst ein bisschen und dann ein Stück weiter zu verschieben. In diesem Sinne übergebe ich jetzt an den sechsten Redner dieser Debatte.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. Übergeben dürfen Sie nicht, das darf nur ich.

Wir gratulieren Ihnen von Herzen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag und wünschen Ihnen viel Erfolg in diesem sehr wichtigen, auf die Zukunft bauenden Bereich.

(Beifall)

Jetzt übergebe ich das Wort dem nächsten Redner und begrüße Matern von Marschall für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matern von Marschall (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Die Krise der Europäischen Union, die durchaus eine Krise der Nachhaltigkeit ist, ist keineswegs überwunden. Bedrückender finde ich heute allerdings eine ganz andere Krise. Mit Blick auf die Ukraine kann ich nur sagen: Derzeit befindet sich ganz Europa in einer Bewährungskrise.

Wenn die Union ihren östlichen Nachbarn eine Partnerschaft anbietet, muss sie dafür sorgen, dass die Länder, denen sie die Partnerschaft anbietet, diese auch annehmen können, sonst ist eine Außenpolitik, die nachhaltig sein soll, nichts wert. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wäre nicht mehr als eine Worthülse. Darüber ist vorhin schon gesprochen worden.

In der Ukraine kann es in allerletzter Minute vielleicht noch gelingen, das Allerschlimmste abzuwenden. Es kann der Weg in die Rechtsstaatlichkeit noch gebahnt werden, wenn die Europäische Union Klarheit und Entschlossenheit zeigt. Ob aber die Europäische Union auf Dauer, das heißt nachhaltig, stark ist,

darüber entscheiden ihre Bewohner. Wenn ich einige Tage zurückschauen und mir den Volksentscheid in der Schweiz ansehe, erkenne ich, dass dort Ängste vor einer Außenwelt, die man als Bedrohung empfindet, zum Ausdruck gebracht wurden. Das muss uns als Warnhinweis dienen, auch für die Europäische Union, auch in die Europäische Union hinein. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Ängste auch bei uns vorhanden sind. Wir dürfen sie nicht ignorieren, sondern wir müssen den Menschen erklären, welchen Wert diese starke und stabile Europäische Union hat. Das ist eine Frage der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unser Ansatz ist also weder Rückzug noch Abschottung. Unser Ansatz ist nicht ein Kurs der Konfrontation, sondern ein Kurs der Kooperation, und zwar, weil wir überzeugt sind – das ist in unserem Menschenbild verankert –, dass der Mensch zur Zusammenarbeit, zur Kooperation geschaffen ist – und zur Toleranz. Das ist der Weg der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Europäische Union hat gezeigt, dass sie Zukunft friedlich gestalten kann. Nach zwei Weltkriegen leben wir unterdessen fast 70 Jahre in Frieden – das gilt für eine halbe Milliarde Menschen auf diesem Globus – in freiheitlichen, in solidarischen, in friedlichen Rechtsstaaten. Zu dieser Europäischen Union gehören zum Beispiel auch Rumänien und Bulgarien. Stellen Sie sich einen Moment lang vor, in welcher Situation diese Länder sich befinden würden, wenn sie heute nicht Mitglieder der Europäischen Union wären. Stellen Sie sich einmal vor, wie zum Beispiel in Polen über diese Frage heute gedacht wird.

Unsere Friedensgemeinschaft ist also – das sehen wir in diesen Tagen mit großer Bestürzung – nicht selbstverständlich, sondern wir müssen täglich daran arbeiten, sie täglich neu beleben und die Menschen von ihrem Wert überzeugen. Das ist nachhaltige Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will auf die vielen anderen Politikfelder, die auch zur Nachhaltigkeit gehören und hier angesprochen worden sind, nicht näher eingehen: die soliden Haushalte, die Energiepolitik, die ganz wichtigen Themen, die Sie alle kennen. Ich wollte auf dieses aktuelle Thema in besonderer Weise eingehen, auf eine nachhaltige Außenpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schlüssel zum Erfolg einer Nachhaltigkeitspolitik – das möchte ich zum Schluss sagen – ist die Subsidiarität. Das heißt, wir müssen die Menschen vor Ort mitnehmen, einbeziehen und dürfen nicht ex cathedra eine Lehre von oben verkünden; das geht nicht. Wir müssen also die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen. Nur dann kann Nachhaltigkeit gelingen.

Der Parlamentarische Beirat bemüht sich darum. Wir möchten seine Arbeit stützen. Ich bitte Sie von Herzen: Tun Sie das auch.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. Wir gratulieren Ihnen von Herzen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag und hoffen, dass Sie in diesem Gremium, in diesem Bereich sehr viel Erfolg haben beim grenzüberschreitenden Denken und bei der Suche nach nachhaltiger Politik.

(Beifall)

Der letzte Redner in dieser Debatte ist Dr. Andreas Lenz für die CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon gehört: Zum vierten Mal setzen wir heute den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung ein. Gibt man in der Suchmaschine Google den Begriff „Nachhaltigkeit“ ein, erscheinen ungefähr 6 590 000 Treffer. Gibt man den englischen Begriff „Sustainability“ ein, erscheinen gar 38 Millionen Treffer.

Das sind Zahlen, die man sonst nur von Haushaltsberatungen gewohnt ist, die aber auch zeigen, dass der Begriff Relevanz hat, auch wenn er mittlerweile, wie wir schon gehört haben, inflationär verwendet wird.

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich – wir wissen es alle – aus der Forstwirtschaft und beschreibt hier den Umstand, dass der Natur auf Dauer nicht mehr Ressourcen entnommen werden können, als sie imstande ist, selbst zu reproduzieren. Im sogenannten Brundtland-Bericht von 1987 wird Nachhaltigkeit als dann gegeben betrachtet, wenn die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die zukünftigen Generationen zu gefährden. Die Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 definierte Nachhaltigkeit als ein Gleichgewicht unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Faktoren. Diese Definition ist mittlerweile sehr weit verbreitet. Sie ist jedoch auch in ihren Zielkonflikten zu verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Beirat für nachhaltige Entwicklung übernimmt seit 2001 die langfristig angelegte Aufgabe, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie dauerhaft parlamentarisch zu begleiten. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist die Nachhaltigkeitsprüfung bei Gesetzesfolgenabschätzungen. Der Beirat prüft sämtliche Gesetzentwürfe und Verordnungen der Bundesregierung unmittelbar nach Zuleitung an den Bundesrat auf ihre Nachhaltigkeit.

Schauen wir uns einige politische Handlungsfelder im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung an. Zunächst einmal ist die finanzielle Nachhaltigkeit zu erwähnen. Gerade die Haushaltskonsolidierung kann als Teil einer nachhaltigen Politik für die folgende Generation verstanden werden. Hier leisten wir mit der Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts ab 2015 einen wichtigen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen ist hier ein gesellschaftlicher Prozess zu spüren, der eine nachhaltige Haushaltspolitik ausdrücklich unterstützt.

Nachhaltigkeit heißt aber auch Ressourcenschonung. Ein wichtiges Thema diesbezüglich ist der Flächenverbrauch, der immer noch zu hoch ist. So werden in Deutschland täglich rund 80 Hektar – das sind circa 120 Fußballfelder – neu versiegelt.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Unser Land ist hier bereits sehr gut aufgestellt und genießt weltweit hohes Ansehen. Müll ist in Deutschland eine wichtige Ressource.

Lassen Sie mich das Potenzial, das wir hier haben, am Beispiel der Handylaltgeräte aufzeigen. In Deutschland liegen rund 106 Millionen Handylaltgeräte in den Schubladen der Bundesbürger. Diese Geräte enthalten viele wertvolle Rohstoffe wie Gold, Silber, Palladium oder Kupfer. Bei diesen besagten 106 Millionen Handys sind dies 3 Tonnen Gold, 30 Tonnen Silber, 1 900 Tonnen Kupfer, 151 Tonnen Aluminium und 105 Tonnen Zinn. Hinzu kommen Seltene Erden, die sonst in hohem Maße auf anderen Wegen beschafft werden müssen. Das bedeutet: Wir müssen das Potenzial der Kreislaufwirtschaft noch stärker nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch der Verbraucher hat mit seiner Kaufentscheidung enormen Einfluss darauf, welche Produkte sich auf dem Markt behaupten. Es wird deswegen künftig noch stärker darauf ankommen, das Bewusstsein für nachhaltige Produkte

zu schärfen. Dies kann auch durch mehr Transparenz – Stichwort „Kennzeichnung“ – geschehen.

Da es um die Zukunft der nächsten Generation geht, beinhaltet eine nachhaltig angelegte Politik immer auch eine moralische Komponente. Jede Nachhaltigkeit braucht ein Stück weit Gemeinsinn und – vor allem deshalb, weil sie in die Zukunft gerichtet ist – Verantwortung. Nachhaltigkeit bedeutet auch Rücksicht auf die kommenden Generationen und ein Hintanstellen egoistischer und kurzfristiger Bedürfnisse. Vielleicht heißt nachhaltiges Wirtschaften auch ein Stück weit Verzicht.

Für die Arbeit des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltigkeit wird weiterhin entscheidend sein, dass wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg auf langfristige Ziele verständigen. Dass dies zeitintensiv ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Aber, ich glaube, es lohnt sich, dass wir miteinander um diesen Konsens ringen.

Ich habe heute im Laufe des Tages mitgezählt, wie oft das Wort „Nachhaltigkeit“ vor dieser Debatte verwendet wurde und bin auf 25 Mal gekommen. Daran sieht man – das wurde ja schon gesagt –, wie inflationär das Wort verwendet wird, aber auch, wie wichtig das Wort ist. „Nachhaltigkeit“ ist ohne Zweifel ein Modewort geworden, auch ein Schlagwort, und manchmal ist es, wie wir gehört haben, eine Worthülse.

Lassen Sie uns versuchen, den Begriff mit neuem Leben zu füllen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im Beirat mit nachhaltigen Ergebnissen.
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Auf die nachhaltigen Ergebnisse freuen wir uns alle.

Ich schließe damit die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den interfraktionellen Antrag auf Drucksache 18/559 zur Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Wer stimmt für diesen

Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich wünsche von Herzen eine gute Arbeit in diesem wirklich wichtigen Gremium. Damit ist der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung eingesetzt.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke! Sehr schön!)